

Magdeburg, 16.02.2026

Pressemitteilung

Kritik an Integrationskurspolitik des Bundes

Der Landesverband der Volkshochschulen Sachsen-Anhalt (LV vhs Sachsen-Anhalt) äußert deutliche Kritik am Trägerrundschreiben 02/26 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Dieses schreibt vor, bis auf Weiteres keine Zulassungen für Integrationskurse nach § 44 Abs. 4 AufenthG zu erteilen.

Der Verband warnt vor erheblichen Folgen für Träger, Beschäftigte und Teilnehmende: „Unsere Kolleginnen und Kollegen sowie die Teilnehmenden stehen durch diese Entscheidung vor enormen Unsicherheiten. Die finanzielle Absicherung der Kurse darf nicht zu Lasten der Beschäftigten und der Integrationschancen gehen“, sagt die Geschäftsführerin des LV vhs Sachsen-Anhalt, Mechthild Jorgol.

Die Aussetzung der Zulassungen wirkt sich zudem negativ auf die Fachkräftesicherung aus. Viele zugewanderte Fachkräfte, deren Integration durch Sprach- und Orientierungskurse unterstützt wird, können ihre Potenziale nicht entfalten. Dies verzögert die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und hemmt die wirtschaftliche Entwicklung.

„Eine nachhaltige Integrationspolitik ist zugleich eine Investition in unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Die Gefährdung von Kursangeboten gefährdet genau diese Zukunftschancen“, unterstreicht die Geschäftsleitung.

Besonders kritisch ist die Lage in ländlichen Regionen: Hier sind Volkshochschulen häufig die einzigen Anbieter von Integrationskursen. Ohne verlässliche Planungsperspektiven droht ein massiver Versorgungsengpass. Selbst Personen, die nachweislich verpflichtet sind, an Kursen teilzunehmen, finden oft keinen Platz, da die erforderliche Mindestteilnehmerzahl für Kursdurchführungen nicht erreicht wird.

Der LV vhs Sachsen-Anhalt fordert Bund und Länder auf, verlässliche Grundlagen zu schaffen. Perspektivische Planungssicherheit ist entscheidend, damit Volkshochschulen die von Bund und Ländern erwartete Integrationsarbeit erfolgreich umsetzen können.

„Integration ist mehr als ein Kurs – sie ist ein Fundament für Zusammenhalt, Chancengleichheit und gesellschaftliche Stabilität. Die geplanten Einschränkungen im Zugang zu Integrationskursen wirken sich direkt auf diese Grundlagen aus“, betont Jorgol.

Der Verband appelliert an das BAMF, die Risiken für Träger, Teilnehmende und Beschäftigte ernsthaft zu berücksichtigen und alternative Lösungen zu prüfen. Eine verlässliche und chancengerechte Finanzierung der Integrationskurse ist unerlässlich für die Zukunftsfähigkeit der Integrationspolitik, den Arbeitsmarkt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Kontakt

Landesverband der Volkshochschulen Sachsen-Anhalt e.V.

Aleš Janoušek / Öffentlichkeitsarbeit

Mail: ales.janousek@vhs-st.de / Telefon: +49 391 7369 32

www.vhs-st.de